

31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 07.02.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

**Gegenstand: Verpflichtung neuer Ratsmitglieder nach § 30 GemO:
Gregor Flörchinger (CDU),
Maike Hinderberger (SPD),
Petra Spoden (SPD)**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Verabschiedung von Ratsmitglied Fritz Knutas (SPD) zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt wird.

Anschließend werden Frau Maike Hinderberger und Frau Petra Spoden (beide SPD) sowie Herr Gregor Flörchinger (CDU) durch den Vorsitzenden per Handschlag nach § 30 GemO als neue Mitglieder des Stadtrates verpflichtet. Er weist auf die Einhaltung der Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hin.

31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 07.02.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

**Gegenstand: Priorisierung von Investitionsmaßnahmen;
 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22.10.2012
 Vorlage: 0912/2012**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der mündlichen Begründung des Antrages führt Herr Feiniler aus, dass die bisherige Prioritätenliste im Haushaltsplan nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht ausreichend sei, um Fehlinvestitionen zu vermeiden und langfristige Planungssicherheit zu schaffen. Die zu erstellende Prioritätenliste muss regelmäßig fortgeschrieben werden.

Aus Sicht des Vorsitzenden gibt es grundsätzliche Zustimmung durch die Verwaltung. Er bittet aber Abstand davon zu nehmen, diese Prioritätenliste als Beschlussliste zu nehmen; dies hätte zur Folge, dass jeweils ein neuer Stadtratsbeschluss erforderlich wäre, sollten für eine höher angesiedelte Maßnahme keine Fördermittel bewilligt werden. Sie soll lediglich eine Arbeitsliste abbilden. Dem stimmen antragstellende Fraktion und Rat zu.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung einstimmig, eine Liste der geplanten Investitionsmaßnahmen der Stadt Speyer aufzustellen und diese in einer Rangliste nach Dringlichkeit und Bedarf zu ordnen. Die aufgelisteten Maßnahmen sollen den Fraktionen zur Beratung vorgelegt werden.

31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 07.02.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

**Gegenstand: Prüfung einer gemeinsamen kommunalen Einrichtung der
Erziehungshilfe; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 13.12.2012
(Haushaltsrede)**

Auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion wird der Punkt einstimmig unmittelbar in den zuständigen Fachausschuss für Jugendhilfe verweisen.

Gegenstand: Online-Branchenverzeichnis

**4.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 22.01.2013
Vorlage: 0984/2013**

**4.2 Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2013
Vorlage: 0986/2013**

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteile des Beschlusses.

Einleitend regt der Vorsitzende an, die beiden Punkte gemeinsam zu behandeln. Rein technisch ist eine Datenübertragung in das neue CMS-System der Webseite nicht möglich. Es muss folglich ein vollständig neues Branchenverzeichnis aufgebaut werden.

Er verkennt nicht, dass ein solches Verzeichnis wichtig ist, insbesondere auch für die Wirtschaftsförderung vor Ort. Das bisherige Branchenverzeichnis wurde von den Kunden leider nicht ausreichend gepflegt, was zu zahlreichen Beschwerden führte. Deshalb wurde das alte System abgeschaltet. Die Verwaltung wird im Nachtragshaushalt den erforderlichen finanziellen Aufwand darstellen, wobei sich die Eintragenden an den Kosten für die Software finanziell beteiligen sollen.

Herr Dr. Lorenz unterstreicht, dass sich das Angebot insbesondere an kleine Betriebe wenden soll. Er bittet um getrennte Kostendarstellung für Software und Betreuung. Nach Informationen des Vorsitzenden belaufen sich die einmaligen Lizenzkosten auf ca. 5.000 €, hinzukommen laufende jährliche Wartungskosten in noch nicht bekannter Höhe. Die Nutzungsgebühren sollen sich am Markt orientieren. Der Vorsitzende macht deutlich, dass keine Finanzierung über Werbeeinnahmen gewollt ist, man allerdings auch keine überhöhten Preise verlangen will. Als Idee für die Betreuung wäre eine Verlagerung an die Wirtschaftsförderung denkbar. Herr Dr. Lorenz besteht auf einer Abstimmung, dass die Verwaltung wieder so etwas einführt. Mit einem solchen Votum muss aus Sicht des Vorsitzenden auch die Bewilligung von entsprechenden Haushaltsmitteln verbunden werden.

Herr C. Ableiter stellt böse Kürzungen in allen anderen Bereichen fest. Nach seiner Ansicht ist es keine klassische Aufgabe einer Verwaltung, für 1100 Gewerbetreibende eine Internetplattform zu schaffen, ohne eine 100 %ige Kostenerstattung. Er wirft die Frage auf, wofür von den Betrieben eigentlich IHK-Beiträge, außer für den Flughafen, gezahlt werden. Er fordert eine Selbstorganisation der Wirtschaft.

Nach Auskunft von Frau Wöhlert wurden schon im Dezember 2012 erste Gespräche darüber geführt. Sie sieht in einer Onlineplattform für kleine und mittlere Betriebe ein Stück Wirtschaftsförderung. Die meisten Zugriffe erfolgen zuerst über www.speyer.de. Wie die meisten Gewerbetreibenden ist sie als Selbständige gerne bereit, einen Obolus dafür zu entrichten.

Aus der Diskussion zieht der Vorsitzende eine Beschlussempfehlung aus dem Antrag der CDU, ergänzt um die konkrete Forderung von Bündnis 90/Die Grünen, dass die Verwaltung wieder tatsächlich ein solches Angebot auflegt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: C. Ableiter, BGS und 1 Enthaltung: F. Ableiter, BGS):

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welcher Aufwand und welche Form für die Einrichtung eines Branchenverzeichnisses für die Speyerer Wirtschaft auf der neuen Homepage der Stadt Speyer erforderlich ist. Ziel ist es, das bisherige Angebot für die Betriebe fortzuführen.

**Gegenstand: Verkehrsunfälle mit Kindern;
Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion vom 24.01.2013
Vorlage: 0987/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende führt in der Beantwortung aus, dass der Kinderunfallatlas u.a. ein Nord-Südgefälle und einen Unterschied zwischen Großstädten und kleineren Kommunen attestiert. Während in Großstädte mehr Fußgänger verunglücken, liegt der Schwerpunkt bei kleineren Städten auf Fahrradunfällen. In Speyer sind die Zahlen seit 2008 langsam steigend, aber nicht signifikant abweichend.

Wegen des Umfangs der Stellungnahmen und des Zahlenwerks sagt der Vorsitzende zu, diese Informationen ausführlich im Protokoll nachzureichen. Anfragende Fraktion und Rat sind damit einverstanden.

Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde:

Zu dem Antrag der FDP Stadtratsfraktion, hinsichtlich der Kinderunfallhäufigkeit in Speyer, in Bezug auf einen Bericht in der Zeitschrift FOKUS, sowie dem Bericht der Bundesanstalt für Straßenwesen „Kinderunfallatlas“, nehmen wir von Seiten FB 2-220 Straßenverkehrsbehörde wie folgt Stellung:

Fragestellung des Kinderunfallatlas:

Mit diesem Bericht wird der zweite Kinderunfallatlas der Bundesanstalt für Straßenwesen vorgelegt, in dem die Verkehrsunfallsituation von Kindern für alle Kreise, Städte und Gemeinden in Deutschland abgebildet wird. Während der erste Kinderunfallatlas die regionale Verteilung der Kinderverkehrsunfälle von 2001 bis 2005 analysierte, fokussiert der vorliegende Kinderunfallatlas auf die Situation für die nächsten fünf Jahre. Dadurch ist es wieder möglich, die Verkehrssicherheitssituation von Kindern vor Ort mit der in anderen Kreisen und Gemeinden gleicher Größe zu vergleichen und somit einen Hinweis darüber zu erhalten, ob und wie sich die Situation vor Ort von anderen unterscheidet. Zudem ist es wichtig zu wissen, ob und wie sich die Unfallsituation von Kindern in den folgenden Jahren weiterentwickelt hat. Daher wurden nicht nur für den Folgezeitraum 2006 bis 2010 die Kinderunfalldaten nach dem gleichen Prinzip ausgewertet, zusätzlich wurde berechnet, ob die Situation jedes Kreises/kreisfreien Stadt im Trend der bundesdeutschen Gesamtentwicklung liegt, ob die Verkehrsunfälle vor Ort überdurchschnittlich zurückgegangen sind oder ob sich in den letzten Jahren im Vergleich zur gesamtdeutschen Entwicklung wenig getan hat. Diese Analysen wurden auch im Rahmen des Städtevergleiches angestellt. Da die Zuständigkeit für die Durchführung von Verkehrssicherheitsmaßnahmen in weiten Bereichen bei den Ländern liegt, wurde das Konzept erweitert und für jedes Bundesland eine Sonderauswertung der Daten vorgenommen, sodass die Verantwortlichen auf Landesebene für ihre Verwaltungseinheit zusätzlich die Information erhalten, wie die Kreise landesintern zueinander stehen.

Ergebnisse:

Ergebnis ist, dass Kinderverkehrsunfälle in der Bundesrepublik nicht gleichmäßig verteilt sind, vielmehr belegt die bevölkerungsbezogene Analyse auf Kreisebene ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. Die Analyse nach Art der Verkehrsteilnahme ergab, dass Kinder als Fußgänger besonders häufig in Nordrhein-Westfalen und großen Städten der Bundesrepublik verunglücken, während Kinder als Radfahrer in Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg

besonders gefährdet sind. Als Mitfahrer in Pkw verunglücken die meisten Kinder in den ländlichen Regionen Bayerns und den östlichen Regionen der Bundesrepublik.

Insbesondere für den Osten der Bundesrepublik konnte durch den Vergleich der Daten der Kinderverkehrsunfälle von 2001 bis 2010 nachgewiesen werden, dass der deutliche Rückgang der Kinderverkehrsunfälle über den allgemeinen bundesdeutschen positiven Trend hinausgeht. Es wurde allerdings auch festgestellt, dass in manchen Kreisen bereits 1984 (Unfallatlas HEINRICH/HOHENADEL) hohe Unfallbelastungen zu beobachten waren.

Diese Ergebnisse der Kreisanalyse finden sich auch auf Gemeindeebene wieder. Danach steigt das auf die Altersgruppe bezogene Risiko für Fußgänger mit der Größe einer Stadt, während Radfahrer in so genannten Mittelstädten besonders häufig verunglücken. Als Mitfahrer in Pkw tragen Kinder in sehr kleinen Orten unter 10.000 Einwohnern ein deutlich erhöhtes Risiko.

Die Analyse der Unfallentwicklung in den Städten berücksichtigte ebenfalls den bundesdeutschen Trend. Für die 15 Großstädte konnte so nachgewiesen werden, dass sich in der Mehrzahl der Großstädte die Unfallkennziffern zwischen 2003-2005 und 2008-2010 positiv im bundesdeutschen Trend entwickelten. In sieben Großstädten lagen die Werte sogar darüber.

Während die Vergleiche der mittleren und großen Kreise und Gemeinden auf einer stabilen Berechnungsbasis erfolgten, sind bei den kleineren Kreisen und Gemeinden aufgrund geringer Bevölkerungsdichte Verzerrungen möglich. Daher sollten insbesondere bei hohen Unfallbelastungen keine voreiligen Schlüsse gezogen werden, vielmehr ist eine sorgfältige Interpretation angezeigt. So ist beispielsweise insbesondere in vom Tourismus geprägten Gebieten eine erhöhte Unfallbelastung identifiziert worden, die allerdings aufgrund der erhöhten Anzahl von Kindern, die sich nur vorübergehend in den Gebieten aufhalten und nicht gemeldet sind, relativiert werden muss.

Die Analyse und Erklärung spezifischer Verkehrsunfallsituationen vor Ort sollten daher die gesamte Bandbreite möglicher Zusammenhänge einbeziehen. Denn nur, wenn die wirklichen Probleme und Zusammenhänge erkannt sind, können sinnvolle Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kindern eingeleitet werden.

Zunächst muss noch erwähnt werden, dass in der Statistik „Kinderunfälle“ die Altersgruppe der Personen unter 15 Jahren erfasst wird, auch wenn 15, 16 und 17-Jährige je nach Fragestellung durchaus noch als Kinder bezeichnet werden können. Darüber hinaus werden in der amtlichen Unfallstatistik nur solche Unfälle als Verkehrsunfälle geführt, die polizeilich aufgenommen wurden. Unfälle beispielsweise, die sich zwar im Straßenverkehr ereignen, zu denen aber keine Polizei hinzugezogen wurde, tauchen in der amtlichen Unfallstatistik nicht auf. Daher ist vor allem bei Unfällen mit dem Fahrrad von einer Dunkelziffer auszugehen, besonders bei Alleinunfällen und leichteren Unfällen. Auch die Unfallzahlen des Verbandes der Unfallkassen, der die Unfälle von Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, Schulen und Berufskollegs entschädigt, deuten auf eine Dunkelziffer in der amtlichen Unfallstatistik, insbesondere bei im Straßenverkehr verletzten Kindern, hin. Danach wurden den Gemeindeunfallversicherungsverbänden 2010 allein 23.461 Wegeunfälle mit dem Fahrrad gemeldet. Die amtliche Unfallstatistik nennt für das gleiche Jahr 9.534 verunglückte Kinder als Radfahrer insgesamt. Als wirklich gesichert gilt daher nur die Anzahl der im Straßenverkehr Getöteten. Dennoch zeigt jede Statistik für sich Entwicklungen und Trends auf.

In der Bundesrepublik Deutschland verunglückten im Jahr 2010 im Straßenverkehr 374.818 Personen, davon 28.629 Kinder. Auf den Bevölkerungsanteil der Altersgruppe bezogen, verunglückten im Jahr 2010 261 Kinder unter 15 Jahren je 100.000 Einwohner.

/ 3

Wie jede Statistik liefern die Daten des Kinderunfallatlas einen Ausschnitt aus der Wirklichkeit. Viele Informationen sind in dieser Statistik nicht enthalten, sondern müssen vor Ort interpretiert werden. Wenn wie in Speyer beispielsweise große Schulzentren liegen, welches die Kinder der umliegenden Gemeinden besuchen, dann ist die höhere Unfallbelastung von Kindern in dieser Gemeinde hierdurch zu erklären. Gerade in Speyer, welche als Schulstadt z.B. im Schuljahr 2010/2011 und 2011/2012 insgesamt mehr als 8.200 gemeldete Schüler hat, von denen insgesamt mehr als 3.100 Schüler aus den Umlandgemeinden sind, muss von einer höheren Unfallbelastung ausgegangen werden, als bei den Umlandgemeinden selbst, deren Kinder ggfls. in Speyer an einen Verkehrsunfall beteiligt sind.

Ähnlich ist die Argumentation bei der Behandlung des Themas Radunfälle. Auch hier bietet sich Speyer aufgrund der Topographie und der kurzen Wege zur intensiven Radnutzung an. In Speyer nimmt bei der Verkehrsmittelwahl das Fahrrad eine wichtige Rolle ein. Was aus ökologischen Gründen zu begrüßen ist und zudem der körperlichen Ertüchtigung dient, führt andererseits durch die höhere Exposition zu mehr Verkehrsunfällen. Es bleibt aber festzuhalten, dass jeder Verkehrsunfall ein Unfall zu viel ist und im Rahmen der Verkehrsunfallkommission auf der Basis des vorliegenden Unfallatlas weiterführende Analysen erfolgen werden.

Stellungnahme der PI Speyer (Fallzahlen):

Kinderunfälle im Stadtgebiet Speyer

		2012	2011	2010	2009	2008	Ø
Verkehrsunfälle gesamt		2.163	2.172	2.049	1.957	1.931	2.054
davon	2008-2012						Ø
Fußgänger	34	4	5	5	12	8	7
Radfahrer	147	28	38	22	28	31	29
	181	32	43	27	40	39	36

Ursachen im Jahr 2012

Radfahrer

- 13 x Vorfahrtsverletzung seitens Radfahrer/ Fehler beim Einfahren in fließenden Verkehr
- 4 x Vorfahrtsverletzung seitens PKW Fahrer/ Fehler beim Einfahren in fließenden Verkehr
- 5 x Radfahrer fährt gegen geparkten PKW
- 6 x Sonstige Ursache

Fußgänger

- 2 x Fußgänger wird auf Parkplatz übersehen
- 1 x Fußgänger wird in Maximilianstraße übersehen
- 1 x Fußgänger läuft zwischen geparkten Fahrzeugen auf Fahrbahn

Es gibt keine Auffälligkeiten im Hinblick auf Unfallhäufungen an bestimmten Kreuzungen oder Einmündungen

Kinderunfälle im Bereich der Polizeiinspektion Speyer

		2012	2011	2010	2009	2008	Ø
Verkehrsunfälle gesamt		2.564	2.603	2.472	2.330	2.327	2.459
davon	2008-2012						Ø
Fußgänger	41	4	5	9	15	8	8
Radfahrer	174	32	47	27	33	35	35
Mitfahrer	43	11	3	9	10	10	9
2008 - 2012	258	47	55	45	58	53	52

**Gegenstand: "Essbare Stadt";
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 26.01.2013
Vorlage: 0989/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung des Antrages erfolgt durch Herrn Wagner. Es handelt sich dabei um einen Prüfauftrag für die Verwaltung. Die CDU-Fraktion denkt dabei an Flächen wie den Feuerbachpark, den Platz der Stadt Chartres oder die Grünflächen am Eselsdamm. Ziel ist u.a. auch die Verbesserung der grünen Lage der Stadt und eine Sensibilisierung der Bevölkerung für das Stadtgrün. Motto dabei sollte sein: "Ernten erlaubt" statt "Betreten verboten".

Laut Herrn F. Ableiter ist das Konzept nicht so ganz neu, es gibt bereits einige Obstbäume im Bereich Eselsdamm, an denen sich die Bürgerinnen und Bürger bedienen können. Kohl- und Bodengemüse sind nach seiner Auffassung jedoch weniger geeignet. Er plädiert insbesondere für Obstbäume und verweist auf das Beispiel Siedlergemeinschaft, wo auch Baumschnitt von den Mitarbeitern der Abteilung Stadtgrün gelernt werden kann.

Die SPD begrüßt durch Frau Seiler den Antrag, möchte ihn aber auf heimische Bäume und Gewächse sowie den Verzicht auf Pestizide spezifiziert wissen. Wildblumenwiesen müssen, im Gegensatz zu Rasenflächen, nur 1 x jährlich gemäht werden, was auch kostengünstig ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt durch Herrn Jaberg den wunderbaren Antrag, der auch einen Beitrag für den Klimaschutz leistet.

Herr C. Ableiter stellt fest, heute anscheinend schlechte Laune zu haben - angesichts der allgemeinen Begeisterung. Er findet die vorhandenen Grünanlagen in Speyer sehr schön und würde diese ungern gegen Wiesen eintauschen wollen. Man sollte diesen Antrag verwechseln mit "urban gardening", wo große Brachflächen – welche es in Speyer eben nicht gibt - von Bürgerinnen und Bürgern begärtnert werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung - C. Ableiter, BGS):

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wo und in welchem Umfang in Speyer Grünflächen nach dem Modell „Die essbare Stadt“ genutzt werden können. Dabei ist insbesondere zu prüfen, wie interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Schulen und Kindertagesstätten für ein solches Projekt gewonnen werden können.

**Gegenstand: Asyl - Aktueller Stand in Speyer;
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.01.2013
Vorlage: 0988/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist auf den umfangreichen Fragenkatalog der Anfrage und die entsprechend umfangreiche Beantwortung dazu, die er gerne im Wortlaut mit dem Protokoll verschicken möchte. Derzeit stehen 48 Personen in Leistungsbezug, davon 12 Kinder, die in Speyer geboren sind. Die Beantwortung umfasst nicht die zu erwartenden Asylbewerber; es ist auch noch völlig unklar, auf welche Unterkünfte diese verteilt werden.

Frau Münch-Weinmann regt an, den Arbeitskreis Asyl wieder zu beleben und diesen auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger zu öffnen.

Nach Auskunft von Herrn Feinler hat die SPD-Fraktion bereits einen entsprechenden Antrag im für solche Fragen zuständigen Ausschuss gestellt. Der Vorsitzende sieht darin einen Antrag zur Geschäftsordnung; der Vorgang wird insgesamt in den Sozialausschuss verwiesen

Die Beantwortung der Anfrage durch den Fachbereich 4:

Die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezieht sich auf die aktuelle Situation von Asylbewerber/innen in Speyer.

Es sei vorangestellt, dass die Bezeichnung für verschiedene Personenkreise angewendet werden kann. Die folgenden Angaben beziehen sich auf den Personenkreis, der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält (Personen im laufenden Asylverfahren und Personen, die nicht mehr in einem laufenden Verfahren, z. B. durch Ablehnung, Duldung o.ä., sind).

zu Frage 1):

Wie viele Asylbewerber und Asylbewerberinnen gab es 2012 in unserer Stadt?

Insgesamt waren 59 Personen 2012 hier registriert. Hierbei sind 11 Personen noch im Jahr 2012 anerkannt worden oder durch sonstige Gründe aus dem Leistungsbezug herausgefallen und somit nur kurz im Leistungsbezug und in den Asylunterkünften waren.

Tatsächlich waren 2012 insgesamt 48 Personen im dauerhaften Leistungsbezug.

Das sind

8 Familien

11 Einzelpersonen und

1 Paar

bzw.

27 Erwachsene (davon 14 Männer und 13 Frauen) und

21 Kinder (14 Kinder unter 14 Jahre, 7 Jugendliche und junge Erwachsene)

Die Gesamtpersonenzahl von 48 Personen teilt sich auf in 25 Personen, die nicht mehr im laufenden Asylverfahren sind und damit Leistungen nach § 2 AsylbLG bekommen und 23 Personen, die noch im laufenden Verfahren sind und Leistungen nach § 3 AsylbLG beziehen.

12 Kinder von Leistungsbeziehern nach § 2 AsylbLG wurden hier geboren und wachsen in Speyer auf.

Insgesamt 8 erwachsene Personen, die sich nicht mehr in einem laufenden Verfahren befinden, haben die Möglichkeit einer Arbeit nachzugehen.

zu Frage 2): Umsetzung des Bundesverfassungsurteiles vom 18.07.2012

Bereits seit dem 01.08.2012 werden die höheren Regelsätze ausgezahlt. Aktuell beläuft sich der Regelsatz für einen Erwachsenen, der Leistungen nach dem AsylbLG erhält, auf 318,00 €. Die übrigen Regelsätze werden nach Altersstufen berechnet.

Die Leistungen werden in Bar erbracht.

Stromkosten werden je nach Status des Asylverfahrens in der Berechnung berücksichtigt. Errechnet werden sie auf Grundlage der jeweiligen Stadtwerkeabrechnung oder der Betriebskostenabrechnung der Wohnraumhilfe.

Der Bedarf für Innenausstattung und Haushaltsgegenstände wird als Beihilfeleistung analog der Vorschriften des SGB II/SGB XII erbracht.

Leistungen zur Teilhabe an Freizeit, Kultur und Unterhaltung sind im Regelsatz nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mitberücksichtigt und werden mit diesem ausgezahlt.

zu Frage 3): Unterbringung von Alleinstehenden in Mehrbettzimmer

Grundsätzlich können die Zimmer in der Industriestraße mit bis zu 4 männlichen Einzelpersonen belegt werden. Diese Belegungszahl wurde bisher jedoch noch nie erreicht. Die Zimmer sind immer mit entsprechenden Etagenbetten, einer Miniküche mit Kühlschrank und einem Bad ausgestattet.

Zur Grundausstattung eines/r neu ankommenden Asylbewerbers/in gehört immer, eine neue Matratze und neues Bettzeug. Darüber hinaus können die noch benötigten Ausstattungsgegenstände als einmalige Beihilfe beantragt werden. Mit dem Tag der Zuweisung erhält der Asylbewerber/die Asylbewerberin alle Bescheide und die dazugehörigen Auszahlungen.

Aktuell sind 2 alleinstehende Frauen gemeinsam in einem Zimmer im Wohnhaus Zum Schlangenhühl untergebracht.

zu Frage 4): Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket

2012 wurde 10 Kindern von Leistungsbeziehern nach § 2 AsylbLG Unterstützung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gewährt. Kinder von Asylbewerbern nach § 3 AsylbLG haben derzeit noch keinen gesetzlichen Anspruch auf dieser Leistungen, bekommen jedoch eine ähnliche Unterstützung über das AsylbLG.

**Gegenstand: Behindertengerechtes Wohnen in Speyer;
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 27.01.2013
Vorlage: 0990/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Einleitend äußert sich Herr Dr. Wilke besorgt über die Aussage des Behindertenbeauftragten über die Wohnungslage für Behinderte in Speyer.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Die komplette Zahl barrierefreier Wohnungen in Speyer ist der Stadt nicht bekannt.
2. Nach eigenen Angaben verfügt die Gemeinnützige Baugenossenschaft über 1 behindertengerechte Wohnung. Das Gemeinnützige Siedlungswerk verfügt über keine Behindertenwohnung in Speyer, lediglich 7 barrierefreie Wohnungen.
3. Die GEWO teilte mit, dass von den 2724 Wohneinheiten 378 behindertenfreundlich bzw. behindertengerecht, d.h. barrierefrei (13,9%) ausgestattet sind. Davon sind 26 Wohneinheiten komplett behindertengerecht ausgestattet. Weitere 8 Wohnungen befinden sich in Bau, mit deren Fertigstellung in diesem Jahr zu rechnen ist.
4. Außerdem verwaltet die GEWO 69 Altenwohnungen im Mausbergweg für die Waisenhausstiftung.
5. Im Hinblick auf die älter werdende Gesellschaft wird die Zahl der vorhandenen behindertengerecht ausgestatteten Wohnungen in Speyer längerfristig nicht ausreichen. Eine Mindestzahl der Behindertenwohnungen kann die Verwaltung nicht angeben, da ihr der eigentliche Bedarf nach solchen Wohnungen aktuell nicht bekannt ist. Aus Sicht der Bauverwaltung sollte es Ziel sein, dass künftig möglichst alle Wohnungen zumindest barrierefrei ausgestattet werden.
6. Die Stadt hat Einflussmöglichkeiten auf die GEWO als 100% Stadttochter und kann entsprechende Vorgaben festlegen. Bzgl. der beiden anderen Wohnungsbau-gesellschaften kann durch Gespräche eine Erhöhung des Bestandes barrierefreier Wohnungen angeregt werden.

Herr Wilke möchte wissen, ob die Verwaltung diese Zahlen für ausreichend hält; dies wird verneint. Die Nachfrage, welche Zahl im Vergleich ausreichend wäre, kann nicht beantwortet werden, weil keine Referenzzahlen anderer Kommunen vorhanden sind. Die Kosten für den Ausbau sind im Rahmen der GEWO-Mieten zu tragen.

Herr Dr. Wilke hält diesen Punkt für eine nachhaltige Stadtentwicklung ausgesprochen wichtig und möchte abschließend wissen, ob entsprechende Gespräche geführt werden. Nach Auskunft des Vorsitzenden fließt diese Thematik u.a. in die Konversionsflächen und das Baugebiet Russenweiher ein.

**Gegenstand: Nachtuzug der Guggemusiker;
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 27.01.2013
Vorlage: 0991/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Einleitend führt Herr Dr. Wilke aus, dass es sich um eine tolle Veranstaltung handelt, die im Festkalender der Stadt nicht mehr nicht mehr wegzudenken sei. Die Anfrage fragt nach den Zahlen, um die Veranstaltung finanziell ausgewogener machen zu können.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

- zu Frage 1: Die Besucherzahl wird auf ca. 20.000 geschätzt (Veranstalter/Polizei/Presse).
- zu Frage 2
und Frage 3: Die Auswirkungen bezüglich Steuermehreinnahmen, Hotellerie, Übernachtungen etc. sind nicht belegbar. Zahlen aus der Beherbergungsstatistik liegen frühestens im Mai 2013 vor.
- zu Frage 4: Für die Stadtreinigung mussten rund 15.000 € aufgewendet werden, wobei die Witterungsverhältnisse für die Reinigung sehr widrig waren; im Fachbereich 2 sind Kosten für verkehrslenkende Maßnahmen in Höhe von etwa 10.000 € angefallen.
- zu Frage 5: Der Veranstalter hat pauschal 5.000 € erstattet und 350 € Saalmiete für den Zunftmeisterempfang im Rathaus entrichtet.

Bei einer erneuten Durchführung im kommenden Jahr werden deutlich mehr sanitäre Einrichtungen notwendig werden, nachdem es zu erheblichen Beschwerden von Anliegern der Zugstrecke kam.

**Gegenstand: Haushaltsberatungen;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28.01.2013
Vorlage: 0994/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die mündliche Begründung des Antrages erfolgt durch Herrn Feiniler. Nach seiner Auffassung sollte in Zeiten des KEF ein kommunaler Haushalt inhaltlich beraten und ausführlich diskutiert werden, daher dieser Antrag. Nach Ansicht der SPD-Fraktion macht es Sinn, vorher zusätzlich eine fraktionsübergreifende Sitzung vorschalten.

Herr Dr. Jung stimmt dem Beratungsbedürfnis des Haushaltes inhaltlich zu, verweist aber darauf, dass der beschlussfassenden Ratssitzung bisher immer eine Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses mit allen Beteiligten der Verwaltung voranging. Er wirft die Frage auf, was dann eine weitere Ratssitzung bringen sollte. Aus seiner Erfahrung waren die Ausschusssitzungen immer sehr kurz gehalten und wurden – mit Ausnahme der CDU – nicht genutzt für die jetzt geforderten Beratungen; häufig waren maßgebliche Mitglieder gar nicht anwesend. Er fragt sich ernsthaft, ob es – angesichts der hohen Termindichte – vor Weihnachten noch einen weiteren Sitzungstermin geben muss.

In diesem Zusammenhang erinnert er an die gute frühere Tradition des gemeinsamen Zusammensitzens im Ratskeller, das – vermutlich aus Kostengründen – durch einen Stehempfang abgelöst wurde. Die Kosten für ein solches Treffen informeller Art können die Ratsmitglieder durchaus selbst tragen. Er schlägt vor, den Beginn der Dezembersitzung auf 16:00 Uhr vorzuziehen, die Redezeit der Haushaltsreden auf max. 15 Minuten zu beschränken und keine weiteren Anträge zur Sitzung zu stellen.

Auch aus Sicht von Herrn Jaberg sollte den Beratungen des Haushaltes mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden und weniger allgemeine, vom konkreten Haushalt weit entfernte Punkte in den Haushaltsreden thematisiert werden. Der Haupt- und Stiftungsausschuss wurde bisher nicht ausreichend für die Tiefenberatung genutzt. Daher schlägt er für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, statt des Ausschusses eine Stadtratssitzung vorzuschalten, damit alle politischen Gruppierungen vertreten sind.

Auch die kleinen Parteien sollten nach Ansicht von Herrn F. Ableiter ein Rederecht in Haushaltsfragen erhalten; ebenso darf die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund lehnt er Zeitbegrenzungen an, wenn Dinge angesprochen werden müssen. Die BGS-Fraktion stimmt zu, dass für die Haushaltssitzung keine weiteren Anträge gestellt werden.

Die Haushaltsreden enthalten nach Auffassung von Herrn Roßkopf nur Allgemeinplätze, es kommt zu keiner konkreten Aussprache in Haushaltsfragen. Da in diesem Zusammenhang auf Punkte diskutiert werden müssen, die nicht unmittelbar für die Allgemeinheit gedacht sind, stellt er den Antrag, den Haushalt künftig im Ältestenrat vorzubereiten, weil dort alle Parteien vertreten sind.

Frau Seiler kann Herrn Ableiter inhaltlich zustimmen und weist darauf hin, dass auch der Haupt- und Stiftungsausschuss durch weitere Punkte überlagert ist; zudem sind die kleinen Parteien ausgeschlossen. Sollten für die Dezembersitzung keine Anträge mehr gestellt werden, dann liegen eben im Januar 60 Anträge und Anfragen vor. Sie appelliert an alle, diesem SPD-Antrag zuzustimmen.

Herr Röbosch erinnert daran, dass er schon zweimal in seinen Haushaltsreden eine konkrete Besprechung von konkreten Haushaltsfragen gefordert hat, was in einem Rahmen wie der Dezembersitzung nicht möglich ist.

Aus Sicht von Herrn Dr. Jakumeit ist alles zu begrüßen, was die Dezembersitzung verkürzt. Bei den letzten Reden attestiert er nach Schulnoten: "Thema verfehlt" und signalisiert für die FDP-Fraktion durchaus Bereitschaft zur Beratung im Ältestenrat.

Dem Vorsitzenden liegt zur Abstimmung neben dem eigentlichen Antrag der SPD noch der weitergehende Antrag der SWG auf Verweisung in den Ältestenrat vor, über den zunächst abzustimmen ist. Zudem greift er die Anregungen auf, u.a. von Herrn Jaberg, dass dem eigentlichen Beschluss des Haushaltes im Rat an Stelle des Haupt- und Stiftungsausschusses künftig eine weitere Ratssitzung vorgeschaltet wird.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 13 Gegenstimmen: SPD-Fraktion, BGS-Fraktion, Linke, und 5 Enthaltungen: Fraktion B90/Grüne):

Dem weitergehenden Antrag der SWG-Fraktion wird stattgegeben. Der Antrag der SPD-Fraktion wird zur Detailberatung in den Ältestenrat verwiesen.

**Gegenstand: Auftrag zur Entwicklung eines Konzeptes für ein integratives
Stadtmarketing
Vorlage: 0985/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Häußler begrüßt für die CDU, die Verwaltung mit der Entwicklung eines Stadtmarketings zu beauftragen, auch unter Beteiligung der Bürger. Sie erinnert sich gerne an die Erarbeitung des Stadtleitbildes von 1998. Der Runde Tisch zu diesem Thema kam leider nie richtig zum Laufen, weil es Dachorganisation eines Marketings damals nicht gab. Sie regt aber eine zeitliche Straffung an, da 2014 auch noch andere Aufgaben zu stemmen sind. Eine externe Beratung kann zu gegebener Zeit hilfreich sein. Den plakativen Aufschrei in der Presse zwei Tage vor der Behandlung im Rat bezeichnet sie als durchschaubar und nicht sachdienlich.

Herr Schütt äußert verschiedene Fragen zu diesem Antrag der Verwaltung. Das Stadtleitbild von 1998 ist, bei genauer Betrachtung, immer noch durchaus gut. Ein Beteiligungsprozess erscheint ihm sehr wichtig, er vermisst aber die Ideen für die Umsetzung der Konzepte; irgendwie ist für ihn keine Struktur vorhanden. Aber genau das sollte die Intention eines solchen Auftrags sein.

Aus Sicht des Vorsitzenden soll kein neues Stadtleitbild entwickelt werden, sondern Maßnahmenkatalog dazu.

Herr Roßkopf hat schon in seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass das Gesicht der Stadt wichtig ist. Die Vorlage ist thematisch sehr umfangreich und komplex. Er hat 3 wichtige Handlungsfelder erkannt: Tourismus, Wirtschaftsförderung, Beteiligung der Bürger(innen); die Punkte 1+2 sind beim FB 5 angesiedelt. Der zeitliche Rahmen erscheint ihm zu weit gesteckt. Er schläft vor, ein kleineres, kompetentes Gremium zu schaffen, das eine entsprechende Vorlage erstellt. Sofern ein begleitendes Büro zum Einsatz kommt, sollte man diesem auf die Finger schauen, da deren Ergebnisse oft austauschbar scheinen; eine zentrale Lenkung ist notwendig. Das Stadtleitbild entwickelte durch den Beteiligungsprozess eine breite Identifikation. Hier sieht er einen etwas anderen Ansatz: das Ergebnis könnte eine Satzung sein.

Mit dem Stadtleitbild wurde laut Herrn C. Ableiter ein Papier geschaffen, das keinerlei Wirkungen gebracht hat; viele schöne Worte, aber inhaltsleer. Speyer braucht keine neuen Konzeptionen, sondern es muss endlich etwas richtig in die Hand genommen werden, z.B. eine vernünftige Beschilderung, mehr Raum für Radfahrer oder Bordsteinabsenkungen für Behinderte; Zielgruppen sind Touristen und Umlandbürger, die man damit an die Stadt binden will. All die schönen Worte bringen Speyer keinen Schritt weiter. Die Stadtverwaltung sollte sich endlich auf den Hosenboden setzen, ihre Hausaufgaben machen und an der Umsetzung der vorhandenen Konzepte arbeiten. Eine Zunahme der Zahl der Hotelbetten sieht er kritisch, weil die Auslastung nur bei etwa 60 % liegt.

Der Vorsitzende stellt richtig, dass bei den Hotelbetten ein Rückgang um ca. 100 Betten zu verzeichnen ist. Die Auslastung der Hotels liegt bei 60-65 % über das gesamte Jahr, während landesweit dieser Wert gerade mal bei 35-38 % liegt.

Herr Schütt übt Kritik daran, dass alle wichtigen Fragen ausgeblendet werden, z.B. Fremdenverkehrsabgabe, Übernachtungssteuer, Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und Tourist-Info in einer städtischen GmbH. Deshalb sollte heute noch keine Entscheidung darüber getroffen und die Sitzung des Beirates abgewartet werden.

Herr Feiniler hält ein einheitliches Marketing für erforderlich. Die Kritik an Fremdenverkehrsfragen kann man nicht einfach wegwischen, der Kritiker sitzt ja sogar im Ausschuss für Tourismus.

Frau Seiler möchte ergänzend wissen, wie hoch denn die Kosten für das externen Beratungsunternehmen sein sollen und ob der Zeitplan auch mit einem Finanzplan verknüpft ist. Hierzu sind noch keine Aussagen möglich. Interne (Personal) und externe Kosten werden auf etwa 100.000 € geschätzt. Nach einem entsprechenden Auftrag durch den Rat werden Mittel in den Nachtragshaushalt eingebracht, ansonsten nicht.

Herr F. Ableiter fragt nach, inwieweit es sich um freiwillige Leistungen handelt. Das Stadtmarketing ist nach Auskunft des Vorsitzenden zwar eine so genannte freiwillige Leistung, in die aber auch eine Reihe von Pflichtleistungen eingebunden ist. Als Beispiele nennt er u.a. die weitere Entwicklung der Auestraße – ein entsprechendes Stadtmarketing liefert ein starkes Argument gegenüber Dritten dafür, dass KEIN neuer Logistiker dort angesiedelt wird, oder den Fastnachtsumzug – bei dem das Marketing festlegen würde, ob bestehende Veranstaltungen im gleichen Maß noch gefördert werden sollen. Das Thema sei komplex, dies aber weit weniger als die Entwicklung eines Stadtleitbildes. Er könnte vieles mit Beispielen unterlegen.

Herr Röbosch erkundigt sich, ob man sich Gedanken gemacht hat, diese Maßnahme möglichst örtlich zu vergeben. Der Vorsitzende verweist auf die geplante minimale externe Begleitung.

Herr Schütt erinnert daran, einen Antrag auf Vorlage einer Projektskizze zur Umsetzungsgestaltung als Konkretisierung zur Entscheidung in der nächsten Sitzung gestellt zu haben. Dies würde nach Ansicht des Vorsitzenden einer Ausarbeitung der Bausteine vor der Grundsatzentscheidung gleichkommen.

Dieser Zurückstellungsantrag erhält mit lediglich 9 Ja-Stimmen (Fraktion B90/Grüne, BGS, Linke, Dr. Winterle - SPD) nicht die erforderliche Mehrheit.

Beschluss:

Der Stadtrat erteilt der Verwaltung mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: BGS-Fraktion, Linke, und 8 Enthaltungen: Fraktion B90/Grüne, REP, Dr. Winterle – SPD) folgenden Auftrag:

Die Stadt Speyer entwickelt im Rahmen eines Beteiligungsprozesses ein Konzept und ein Markenzeichen für ein integratives Stadtmarketing mit Zukunftsperspektive, unter Einbeziehung der bereits vorhandenen Teilkonzepte und in Abstimmung mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Kirchen, sowie mit Unterstützung durch eine externe Projektbegleitung.

Gegenstand: I. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 „Rudersport Reffenthal“
- hier: Auswertung der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
Beschluss über die Feststellung der I. Änderung des
Flächennutzungsplans 2020 „Rudersport Reffenthal“,
Einreichung zur Genehmigung bei der SGD Süd
Vorlage: 0974/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. Über die im Rahmen der Offenlage nach §3 Abs.2 BauGB eingegangenen Anregungen wird entsprechend der Sitzungsvorlage abgewogen und entschieden.
2. Der vorgelegte Planentwurf wird einschließlich seiner Begründung und Umweltbericht förmlich beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage die I. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 zur Genehmigung bei der SGD Süd einzureichen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erteilung der Genehmigung gemäß § 6 Abs.5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Gegenstand: Besoldung der Ersten Beigeordneten/Bürgermeisterin 2013
Vorlage: 0958/2012

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende dankt Frau Kabs für die Bereitschaft, 1 Jahr auf eine Höherstufung zu verzichten und kündigt seinen eigenen Verzicht auf die höhere Besoldung für 1 Jahr an.

Herr Jaberg verweist auf den Beitrag der Fraktionen angesichts der angespannten Haushaltslage. Nach seiner Ansicht wäre eine weitere Verschiebung zum 01.01.2014 ein Zeichen für die Stabilisierung der finanziellen Lage der Stadt,

Frau Kabs leistet diesen Beitrag nach Ansicht des Vorsitzenden – wie er selbst auch – bereits durch unvergütete Mehrarbeit. Sie hat auch den zustehenden Jahresurlaub 2012 nicht ausgeschöpft. Angesichts der anstehenden Tarifverhandlungen wäre es fragwürdig, der Dezernentin ihre zustehende Gehaltsanpassung zu verweigern, während die MitarbeiterInnen Forderungen auf Gehaltssteigerungen stellen, seiner Ansicht nach ebenfalls völlig zu Recht.

Herr Förster weist darauf hin, Tariflohnerhöhungen nicht mit einer Gehalts-Höherstufung zu verwechseln. Auch die Ratsmitglieder haben dauerhaft auf einen Teil der ehrenamtlichen Vergütung verzichtet.

Nach Auffassung von Herrn C. Ableiter ist die Stadtspitze zwar überbesetzt und verursacht dadurch viel zu viele Kosten. Die Höherstufung steht Frau Kabs rechtlich aber zu, weshalb die BGS dem zustimmen wird.

Der weitergehende Antrag auf weitere Verzögerung der Gehaltsanpassung bis 01.01.2014 erhält mit den Stimmen der Fraktion B90/Grüne und der Linken (bei 6 Enthaltungen) nicht die erforderliche Mehrheit.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: Schütt – B90/Grüne, Linke, und 7 Enthaltungen: Fraktion B90/Grüne, FDP-Fraktion, Dr. Wintterle - SPD), Frau Bürgermeisterin Monika Kabs zum 01.03.2013 in die Besoldungsgruppe B 4 einzustufen.

Frau Kabs hat an den Beratungen und der Entscheidung nicht teilgenommen.

31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 07.02.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

**Gegenstand: Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Erhebung einmaliger Beiträge für den Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung)
Vorlage: 0973/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Jaberg fordert im Zusammenhang mit der Vorberatung aus dem Haupt- und Stiftungsausschuss, dass die frühzeitige Information an die Anlieger dann auch tatsächlich frühzeitig erfolgt.

Beschluss:

Der Stadtrat verabschiedet einstimmig (bei 10 Enthaltungen: SPD-Fraktion) die in der Vorlage vorgeschlagene Satzungsänderung.

**Gegenstand: Vollzug des Kommunalabgabengesetzes (KAG);
Vollausbau der Schützenstraße
- Erhebung von Vorausleistungen
- Festsetzung des öffentlichen Anteils
Vorlage: 0972/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass auch hier Einwohnerversammlung stattfinden wird.

Herr Czerny äußert sich kritisch zur Breite des Radfahrstreifens und fordert, diesen auf 1,6 m zu verbreitern. Weiterhin sollte kein lärmmindernder Asphalt verwendet werden, weil dieser auf Strecken mit hoher An- und Abfahrtsfrequenz keinen Effekt hat und nur die Kosten nach oben treibt. Aus Sicht der Verwaltung entspricht der Radstreifen den gesetzlichen Mindestanforderungen. Für weitergehende Forderungen ist die Straße nicht breit genug; eine Verbreiterung wäre nur Richtung Schützengarten möglich, was erhebliche Mehrkosten nach sich ziehen würde. Der überwiegende Verkehr in der Schützenstraße ist Rollverkehr, daher wirkt sich Flüsterasphalt durchaus lärmmindernd aus.

Herr Schütt zitiert das Lärmgutachten, wonach dadurch die Spitzen zwar herausgenommen werden, insgesamt aber mehr Leute betroffen sein würden. Nach Auskunft der Verwaltung ist der Saldo aber auf jeden Fall ein Gewinn für die Anwohner. Herr Dr. Jung hinterfragt, wie man ernsthaft dagegen sein kann, auf einer so viel befahrenen Straße einen lärmmindernden Belag zu verwenden. Nach Aussage von Herrn Beigeordneten Scheid senkt der Belag den Lärmpegel um 2-3 dB. Die An- und Abfahrt am Bahnübergang hat damit überhaupt nichts zu tun.

Herr Rottmann weist darauf hin, dass der Schienenübergang aktuell nur einseitig schalldämmend ist und regt an, mit der Bahn Gespräche zu führen, dass im Zuge der Maßnahmen auch die andere Seite mit Dämmelementen versehen wird.

Nach Informationen von Herrn Czerny setzen sich die offenen großen Poren des Flüsterasphalts durch die An- und Abfahrt mit Reifenabrieb zu; damit wird die Funktion aufgehoben.

Frau Tabor berichtet als Anwohnerin der Schützenstraße darüber, dass die Hauptlärmquelle neben dem Bahnübergang vor allem die rollenden Diskotheken sind. An- und Abfahrgeräusche durch die Schranke spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Aus Sicht von Frau Spoden ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen, dass endlich etwas gegen Lärm getan wird.

Nach Meinung von Herrn Dr. Lorenz hat der Belag seine Wirkungen im Wesentlichen bei höheren Geschwindigkeiten. Dies sollte nochmals geprüft werden, bevor höhere Ausgaben getätigt werden. Die Maßnahme wurde im Rahmen der Lärmaktionsplanung bereits vor Jahren geprüft; es wird kein neues Gutachten geben.

Herr Czerny ist der Meinung, man sollte das Geld für andere Lärmschutzmaßnahmen aufwenden.

Herr Dr. Jung widerspricht vehement, da es sich bei dem geplanten Straßenbelag für den Stadtbereich um eine völlig andere Norm handelt wie bei den offenporigen Doppellagen für Autobahn-Flüsterasphalt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 3 Enthaltungen: Czerny, Münch-Weinmann, Schütt – B90/Grüne):

- 1.) Für die Ausbaumaßnahme „Schützenstraße“ werden Vorausleistungen in voller Höhe des voraussichtlichen Ausbaubeitrages nach § 7 Abs. 5 Satz 1 KAG und § 9 Abs. 1 der Satzung der Stadt Speyer über die Erhebung einmaliger Beiträge für den Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen vom 24.08.2001 in der Fassung vom 01.12.2004 erhoben.
- 2.) Für die Ausbaumaßnahme wird ein öffentlicher Anteil von 70 % nach § 10 Abs. 3 KAG und § 4 der Satzung der Stadt Speyer über die Erhebung einmaliger Beiträge für den Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen festgesetzt.

31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 07.02.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der FSG GmbH und
Ergebnisverwendung
Vorlage: 0983/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Jaberg beantragt, den Gewinn nicht vorzutragen sondern an die Gesellschafter für die KEF-Konsolidierung auszuschütten. Dies wurde nach Auskunft der Verwaltung nach der Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses geprüft, ist rechtlich aber nicht möglich, da noch Verlustvorträge aus den Vorjahren vorliegen.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den festgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01.01.2011 – 31.12.2011 wie folgt zustimmend zur Kenntnis (bei 15 Enthaltungen, SPD-Fraktion, Fraktion B90/Grüne, BGS-Fraktion, Linke):

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2011 € 5.281.440,14

Die Gewinn – und Verlustrechnung vom
01.01.2011 bis zum 31.12.2011 schließt mit
einem Jahresüberschuss von € 10.477,22 ab.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 10.477,22 € wird auf das neue Rechnungsjahr vorgetragen.

Gegenstand: Einrichtung der Integrierten Leitstelle Ludwigshafen - Information
Vorlage: 0993/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Es handelt sich nach Auskunft des Vorsitzenden nur um eine Information an den Rat, da eine Pflichtleistung vorliegt, die nicht beeinflussbar ist. Es können zwar personell Synergien erzielt werden, wenn diese Leitstelle irgendwann richtig laufen wird, wobei der selbst eher zu den Skeptikern gehört.

Herr C. Ableiter möchte wissen, was der spezifische Gewinn ist, solange wir eine eigene Leitstelle vorhalten. Nach Ansicht der Verwaltung ist der geplante Zweck die mittelfristige Abschaffung der eigenen Leitstellen - zumindest im 24-Stunden-Betrieb. Andere Dienste werden dadurch allerdings noch nicht abgepuffert. Der Gesetzgeber will die kommunalen Stellen verstärkt zur Zusammenarbeit zwingen.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 1000/2013

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1. Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Schulträgerausschuss (16.)	neu: Gregor Flörchinger für: Barbara Hintzen	unverändert <i>(Manfred Mussotter)</i>

2. Auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Aufsichtsrat SWS (2.)	neu: Friedel Hinderberger für: Fritz Knutas	-
Aufsichtsrat WES (3.)	neu: Stefanie Seiler für: Walter Deutsch	-
Ausschuss für Umwelt und Verkehr (5.)	unverändert <i>(Petra Spoden)</i>	neu: Karl-Heinz Weinmann Am Wasserturm 42a für: Margarete Boisselle-Vogler
Bau- und Planungsausschuss (6.)	unverändert <i>(Walter Feiniler)</i>	neu: Alexander Braun Am Wasserturm 4 für: Fritz Knutas

Ausschuss für Tourismus (9.)	unverändert <i>(Walter Deutsch)</i>	neu: Annerose Flörchinger Akazienweg 9 für: Gabriele Weil
	unverändert <i>(Peter Stepp)</i>	neu: Charlotte Walther Stettiner Str. 4 für: Peter Claus
	unverändert <i>(Sven Rummel)</i>	neu: Enzo Di Naro Paul-Egell-Str. 19 für: Fritz Knutas
Haupt- und Stiftungsausschuss (11.)	neu: Petra Spoden für: Fritz Knutas	unverändert <i>(Walter Deutsch)</i>
Kulturausschuss (13.)	unverändert <i>(Gabriele Tabor)</i>	neu: Petra Spoden für: Christian Regenauer
Rechnungsprüfungs- ausschuss (15.)	neu: Philipp Brandenburger Siegbertstr. 22 <i>(bisher Stv.)</i> für: Christian Regenauer	N.N.
Schulträgerausschuss (16.)	unverändert <i>(Markus Müller)</i>	neu: Alireza Naderi Schlehdornweg 14 für: Walter Feiniler
Verwaltungsrat Kreis- und Stadtsparkasse Speyer (19.)	neu: Walter Feiniler für: Dr. Markus Winterle	unverändert <i>(Gustav Pade)</i>

Sportausschuss (21.)	neu: Maike Hinderberger <i>(bisher Stv.)</i> für: Christian Regenauer	neu: Alireza Naderi Schlehdornweg 14 für: Maike Hinderberger <i>(neu Mitglied)</i>
	unverändert <i>(Waltraud Mayerhöfer)</i>	neu: Claus Majolk Gilgenstraße 11 für: Martina Müller
ab 01.04.2013:	unverändert <i>(Johannes Seither)</i>	neu: Christina Spindler Lilienweg 14 für: Gabriele Tabor
Sportstättenbeirat (22.)	neu: Maike Hinderberger <i>(bisher Stv.)</i> für: Christian Regenauer	neu: Alireza Naderi Schlehdornweg 14 für: Maike Hinderberger <i>(neu Mitglied)</i>
	unverändert <i>(Waltraud Mayerhöfer)</i>	neu: Claus Majolk Gilgenstraße 11 für: Martina Müller
ab 01.04.2013:	unverändert <i>(Johannes Seither)</i>	neu: Christina Spindler Lilienweg 14 für: Gabriele Tabor
Unterausschuss für Sportstättenvergabe (23.)	neu: Johannes Seither Königsberger Str. 3 für: Christian Regenauer	unverändert <i>(Winfried Müller)</i>

Stadtrechtausschuss (24.)	neu: Winfried Müller Viehtriftstraße 51 für: Christian Regenauer	-
Werkausschuss (29.)	neu: Hans-Jochen Winter Hasenpfehlstraße 10 für: Christian Regenauer	unverändert <i>(Sven Rummel)</i>
	unverändert <i>(Walter Deutsch)</i>	neu: Petra Spoden für: Fritz Knutas

31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 07.02.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1001/2013**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 07.02.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen oder Anregungen von Bürgerinnen/Bürgern liegen nicht vor.

**Gegenstand: Stadtbusverkehr 2014;
Vergabeverfahren ÖPNV - Linienbündel Speyer
Vorlage: 0992/2013**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Einleitend teilt der Vorsitzende mit, dass Fragen der Grünen aus der Vorberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss noch geklärt werden konnten. Die Tarife für den Busverkehr werden vom VRN gestaltet und festgesetzt, lediglich der Speyerer Shuttletarif bleibt davon als Sonderfall ausgenommen. Bei einem Ausstieg aus dem VRN-Tarifsystem müsste die Stadt den gesamten Defizitbetrag aller Linien ohne Querverbund selbst ausgleichen.

Herr Czerny fordert, auf der Shuttle-Linie die 10-Minuten-Taktung beizubehalten. Dieser Takt ist laut Vorsitzendem in der Ausschreibung optional enthalten.

Aus Sicht von Herrn Roßkopf sollte das Vincentius-Krankenhaus mit einer engeren 30-Minuten Taktung angebunden werden. Er weist darauf hin, dass die Ersatzstrecke Oberkämmerer über die Hirschstraße sehr eng ist. Außerdem hält er eine weitere Haltestelle in der Karolingerstraße für erforderlich; die Kosten einer Haltestelle müssen geprüft werden. Die Anbindung des Ärztehauses (Cura-Center) sein zwar wertvoll, bedarf aber eines Kosten-Nutzen-Vergleiches. Als Optionsstrecke wird dies laut Vorsitzendem geprüft.

Taktung und Linienführung bringen Speyer nach Ansicht von Herrn C. Ableiter weiter, alle Forderungen der BGS finden sich wieder. Der Stunden-Takt ist der schlechten Haushaltslage geschuldet. Skeptisch äußert sich die BGS nach wie vor zur Anbindung des Ärztehauses. Er kritisiert auch, dass keine Elektrobusse wie in Zermatt (bis 80 Personen, 22 Umläufe a 4,5 km mit einer Elektroladung) in der Planung sind.

Frau Dr. Montero-Muth antwortet unmittelbar auf die Aussagen von Herrn Ableiter und plädiert vehement für eine Bushaltestelle auf dem Gelände der ehem. Lyautey-Kaserne. Der Vorsitzende unterbricht den Vortrag mit dem Hinweis, dass sich der Tagesordnungspunkt rein mit dem Ausschreibungsverfahren und nicht mit der Linienführung oder Optionsmodellen befasst. Sofern Frau Dr. Montero-Muth dazu keinen weiteren Wortbeitrag hat, müsste er wegen möglicher Befangenheit ein Rederecht und eine Beratungsteilnahme prüfen.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Wintterle sollte man persönliche wirtschaftliche Verquickungen nicht mit altruistischer Wortwahl verbrämen. Bei der Entscheidung für einen Baubeginn des Cura-Centers zur wirtschaftlichen Optimierung war die fehlende ÖPNV-Anbindung durchaus bekannt.

Herr Dr. Jung erkundigt sich nach der Dauer der Leistungsvergabe. Herr Winnes als Vertreter des VRN erläutert, dass die Mindestdauer 8 Jahre beträgt, eine 10-Jahres-Option ist in einer Nebenvereinbarung möglich.

Große Linienbusse passen nach Auffassung von Herrn Feiniler einfach nicht in die Innenstadt; er plädiert dafür, die kleinen Shuttlebusse zu erhalten. Außerdem fordert er eine Haltestelle in der Auestraße auf Höhe Marktkauf für eine vollständige Anbindung von SP-Nord an die Nahversorgung.

Herr Röbosch fragt nach, ob für die Maximilianstraße der Einsatz von Gas- oder gar Elektrobusen geprüft wurde. Aus Sicht der Verantwortlichen müsste er Betreiber einen doppelten Fuhrpark vorhalten, was derzeit nicht wirtschaftlich möglich ist. Daher sei ein 8 Jahres-Turnus begrüßenswert, um an der technischen Entwicklung dranzubleiben.

Frau Seiler möchte wissen, wer über die Optionsmodelle/Änderungen entscheidet. Der Vorsitzende macht klar, dass allein der Stadtrat die entsprechenden Entscheidungen fällt. Herr Winnes konkretisiert, dass der VRN den Zuschlag erteilt, wenn ein Anbieter unter dem Aufhebungswert liegt. Der Rat gibt heute eine verpflichtende Entscheidung darüber ab. Im Sommer ist dann noch die Entscheidung über die Optionslinien zu treffen. Sollten alle eingehenden Angebote über dem angenommenen Aufhebungswert, müssen nochmals Beratungen über das Gesamtpaket geführt werden.

Herr Rottmann thematisiert nochmals die fehlenden Wendemöglichkeiten der Buslinie am Bademaxx und die dadurch verursachten Mehrkilometer.

Frau Ritthaler stellt fest, dass die: "Römerberg-Linie" schon in der Landauer Straße in die Paul-Egell-Straße abbiegt. Die Bürger(innen) aus Römerberg wollen ihrer Ansicht nach aber hauptsächlich in die Innenstadt. Der Vorsitzende erklärt, dass diese Linienführung Richtung Diakonissenkrankenhaus ausdrücklich so gewünscht wurde. Außerdem hat Römerberg einen eigenen S-Bahn-Halt, um die Innenstadt zu erreichen. Laut Herrn Winnes war die Anbindung des Krankenhauses und des Kaiserdom-Gymnasiums über diese Linie der Wunsch des Rhein-Pfalz-Kreises. Außerdem ist die Linienführung für die Taktung der Shuttle-Linie erforderlich.

Herr Dr. Wilke erkundigt sich nach den rechtlichen Auswirkungen der Kombination der Ausschreibungspakete und möchte wissen, ob für den Fall, dass die Römerberg-Linie zu teuer wird, dann eine komplette Aufhebung der Ausschreibung erfolgen muss. Herr Winnes erklärt, der Zuschussbedarf der Linie 578 muss vom Anbieter gesondert kalkuliert werden und geht zu Lasten des Rhein-Pfalz-Kreises. Der Aufhebungsbeschluss bzw. die Sprechklausel greifen, wenn ein Baustein überschritten wird. Ergänzend fragt Herr Dr. Wilke nach, woher die Kalkulation für den km-Satz stammt. Dabei handelt es sich um Erfahrungswerte aus 23 Vergaben, bei denen deutliche Unterschiede zwischen Stadt- und Regionalverkehr festgestellt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Speyer stimmt der Verwaltungsvorlage zur Neustruktur des Stadtbusverkehrs ab dem Jahr 2014 einstimmig zu und beauftragt auf dieser Grundlage die Vergabestelle der VRN GmbH mit der Durchführung der wettbewerblichen Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung.

31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 07.02.2013



31. Sitzung des Stadtrates 07.02.2013 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!